

Alle Genossenschaftsmitglieder erhalten mit diesem Mitteilungsblatt den neuen Bremer-Höhe-Kalender 2014. Wir wünschen frohe Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr!



Nach zehnmonatiger Bauzeit wird das erste Neubauhaus unserer Genossenschaft am 1. Februar 2014 bezugsfertig sein.

## Inhalt

Editorial . . . . .	1
Kommentar: BeDENKEN . . . . .	2
Solidarität wegen Überfüllung verschoben . . . . .	3
Ergebnisse der Werkstatt „AG Solidarität“ . . . . .	4
Hobrechtsfelde – Stand der Dinge 2013 . . . . .	6
Hobrechtsfelde – Abwasserbescheide . . . . .	7
Entwicklung der Betriebs- und Heizkosten . . . . .	8
Legionellenprüfung und Rauchmelderpflicht . . . . .	9
Wie wohne ich richtig – Halloween . . . . .	10
Fotowettbewerb Kalender 2014 . . . . .	11
Initiativfonds . . . . .	11
Leserbrief: Abfall aus der Datsche . . . . .	11
Termine, Verwaltung, Impressum . . . . .	12

## Geld, Geld, Geld

Auf den ersten Blick dreht sich in diesem Mitteilungsblatt alles um das liebe Geld: Um Geld, das im Initiativfonds verfällt, weil keine Anträge gestellt werden (siehe Seite 11). Um Geld, das unsere Genossenschaft fast 100 Jahre nach Herstellung einer Abwasseranlage in Hobrechtsfelde durch den Vorvovoreigentümer nun an die Gemeinde zahlen soll (siehe Seite 7). Und um Geld, das die Haushalte in unseren Beständen

durch günstige Betriebskosten im Vergleich zu den durchschnittlichen Kosten in Berlin sparen (siehe Seite 8), wengleich ihnen diese Ersparnis durch immer neue Verordnungen jedoch Stück für Stück wieder genommen wird (siehe Seite 9). Und schließlich auch um Geld, das in Folge innergenossenschaftlicher Solidarität umverteilt werden könnte (siehe Seite 4).

Denn bedingt durch die unterschiedlichen Historien der einzelnen Bestände unserer Genossenschaft werden monatliche Mieten zwischen 3,85 € und 8,00 €/m<sup>2</sup> nettokalt fällig. Sicher, ein Neubau ist nicht mit einem Altbau gleichzusetzen und eine gewisse Binnendifferenzierung zwischen den Beständen ist sinnvoll. Doch kann das auch bedeuten, dass innerhalb der Genossenschaft der eine „nur“ 20 % des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete zahlt, während der andere 40 % und mehr aufbringen muss.

Natürlich könnte man es dabei beruhen lassen; des Einen Glück ist eben des Anderen Pech. Und wer zuletzt kommt, zahlt halt mehr! Doch verträgt sich das mit dem Selbstverständnis der Genossenschaft, die sich auch als Solidargemeinschaft versteht? Mit wem möchte wer überhaupt solidarisch sein? Wie kann Solidarität ausseh-

aussehen, um auch etwas zu bewirken? Und wann ist freiwillig freiwillig? Diese Fragen lassen sich nicht leicht beantworten.

Im September 2012 wurde unter anderem auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung von Mitgliedern die Bereitschaft geäußert, mehr Miete zu zahlen, um mehr Kostengerechtigkeit herzustellen. Was folgte war ein durchaus bemerkenswerter demokratischer Prozess. Es wurde eine Arbeitsgruppe Solidarität gegründet, die sich mit möglichen Finanzierungsvarianten von neuen Vorhaben bzw. Solidarmodellen beschäftigte. Diese offene Arbeitsgruppe, zu der alle Mitglieder eingeladen waren, hat in mehreren mehrstündigen Sitzungen zwei Abstimmungsvorlagen erarbeitet. Am 2. Dezember sollte über diese abgestimmt werden. Dazu kam es nicht. Als geschätzte 120 Mitglieder herbeiströmten, platzte die „Bremer Höhle“ aus allen Nähten. Die Mitgliederversammlung musste vertagt werden (Seite 3). Und egal, wie über die Beschlussvorlagen abgestimmt werden wird: Das ganze Verfahren ist schon jetzt – trotz mancher Mühen und Anfeindungen – ein Gewinn für unsere innergenossenschaftliche Demokratie, trotz oder gerade wegen des lieben Geldes.

Tino Kotte

## Kommentar

### BeDENKEN – vom Unter- und Überbewusstsein

Ein sehr symbolischer Abend, der 2. Dezember 2013 – eine Genossenschaftsversammlung, die wegen Überfüllung verschoben werden musste. Die einen saßen drinnen, die anderen standen draußen – wie im richtigen Leben!

Was ich draußen von einigen hörte, war deutlicher Unmut über das Thema des Abends: „Solidarität“ - als verordnete Aktion von der Vorstandsebene – „die da oben – wir hier unten“. So erklärt sich vielleicht der Andrang. Bei der Vorbereitungsrunde, die allen zugänglich war, habe ich mich gefreut den Protagonisten beim Denken zuzuhören, weil die Idee der Solidarität und deren Umsetzung ein schwieriges Vorhaben ist – noch dazu, weil es um finanzielle Solidarität geht, die berechenbar sein muss, wenn man mit dem Ergebnis mathematische Bauvorhaben realisieren will. „Bei Geld hört die Freundschaft auf“ – ein sehr menschlicher Grad der Erkennt-

nis. Wie kann das erklärt werden, wer sind die „oben“ und die „unten“ – und wer bin ICH und wer sind WIR?

**Global gesehen wird das das Thema der Zukunft sein**, wenn wir nicht im Chaos der Verteilungskämpfe untergehen wollen, müssen wir Systeme der Solidarität erarbeiten. Ich, wir - müssen ein Bewusstsein des Ausgleichs ermöglichen, das die Würde des Nachbarn – von denen es sehr viele gibt – nicht verletzt. Die „Würde“ im Grundgesetz für ALLE dieser Welt! – d.h. anfangen – anfangen sich damit zu beschäftigen. Überlegen, was wir tun können - für wen, warum, wie viel, wie weit?

Die Freude und den Stolz etwas zu geben - **als Tat für sich (uns) selbst** – ist nicht nur ein biblischer Spruch – es kann, es wird – unser Leben lebenswert machen, uns über uns selbst erheben – mit der nötigen Übersicht – eine Zukunft, die offen ist und nicht untergeht im Selbstmitleid, im Egoismus und im „HabenWollenWahn“.

Als ich vor der Tür stand und diese engherzige Angst spürte, bekam ich Angst vor dieser Angst. Über welche Summen reden wir – verstellen wir uns den Weg mit Vorurteilen, bevor wir offen darüber laut nachdenken, wer wir sind und was wir wollen? Vielleicht war das gut so, dass wir noch etwas Zeit haben, darüber nachzudenken, was wir vordenken wollen und können.

Im Wort **freiwillig** ist „frei“ und „willig“ – das setzt ein gewisses Maß an Überlegung und Bereitschaft voraus, wenn ich freiwillig Solidarität üben will, muss ich mir über mich Gewissheit verschaffen, d.h. im Bild des Gegenteils – wie kann ich ohne die Solidarität der „Anderen“ leben, ist das interessant, ist das qualitativ gut, hat das auf längere Zeit Sinn, habe ich so viel Kraft, macht mich das einsam, werde ich dann geliebt? – darüber sollten wir reden können – über Licht und Schatten usw. – streiten kann Gewinn sein und muss nicht Sieg heißen – der Prozess kann besser sein als sein Ergebnis.

**Mein Vorschlag** ist, nicht drum rum zu reden:

**Alternative 1** ist Pflicht ohne die Bezeichnung „Solidarität“, weil die Genossenschaft sich solidarisch erklärt, als selbstbewussten Akt – basta!

**Alternative 2** ist die Kür derer, denen es ein Bedürfnis ist etwas zu teilen – abzugeben – frei und willig!

Wolf Leo

## Solidarität wegen Überfüllung verschoben



„Solidarität ist die Gesinnung einer Gemeinschaft mit starker innerer Verbundenheit“, so definierte der Soziologe Alfred Vierkandt 1928 Solidarität.

Vor über einem Jahr beschloss die außerordentliche Mitgliederversammlung im September 2012 (46 Anwesende) auf Anregung einiger Mitglieder die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Solidarität. In den darauffolgenden Monaten trafen sich interessierte Mitglieder zu mehreren Sitzungen (Anwesenheit zwischen 2 und 22 Mitgliedern), bei denen vielfältige Aspekte von Solidarität im Allgemeinen und deren Anwendungsmöglichkeiten in unserer Genossenschaft im Besonderen diskutiert wurden.

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2013 (48 Anwesende) wurde beschlossen, diesen Prozess mit einer Werkstatt im November abzuschließen. Diese bekam die Aufgabe, eine konkrete Beschlussvorlage für die Einführung eines Solidarbeitrags zu erarbeiten.

Die Werkstatt fand am 2. November 2013 statt (36 Anwesende). Die Teilnehmer wogen viele Argumente gegeneinander ab und suchten intensiv nach *einer* praktikablen Lösung. Letztlich teilte sich die Gruppe jedoch in zwei fast gleich große Lager: jene, die eine für alle Mitglieder verbindliche Form eines Solidarbeitrags wünschten und jene, die einen ausschließlich freiwilligen Solidarbeitrag bevorzugten (siehe Seite 6). In dieser Patt-Situation entschieden sich die Anwesenden, der Mitgliederversammlung nicht eine, sondern zwei Varianten eines zukünftigen Solidarbeitrags zur Wahl zu stellen.

## Großer Andrang zur Mitgliederversammlung

So geschah es: Die Einladung zur daraufhin für den 2. Dezember 2013 angesetzten außerordentlichen Mitgliederversammlung legte zwei Varianten einer Beschlussvorlage vor. Einmal die Einführung eines verbindlichen Solidarbeitrags via Mieterhöhung durch die Genossenschaft um 0,10 €/m<sup>2</sup> (dort, wo mietrechtlich überhaupt Spielraum ist, also z. B. nicht in Hobrechtsfelde oder in der Liebigstraße 15), zum anderen die Möglichkeit, die Miete um einen Solidarbeitrag freiwillig selbst zu erhöhen.

Leider konnte die Versammlung nicht stattfinden. Es strömten so viele Mitglieder in die Buchholzer Straße 16 wie nie zuvor. Selbst zu stürmischen Zeiten 2008, als die Wogen in der Genossenschaft wegen des Verkaufs der Christinenstraße 33 höher schlugen, hatten die 65 Mitglieder, die zu der damaligen Mitgliederversammlung gekommen waren, in den Gemeinschaftsraum gepasst. Dem Ansturm vom 2. Dezember konnte er keinen ausreichenden Platz bieten. Nachdem der Raum bereits gedrängt voll war und die Mitglieder noch immer um die Ecke in die Greifenhagener Straße herum anstanden, um hinein zu kommen, musste der Aufsichtsratsvorsitzende Gregor Jekel die Versammlung vor ihrem eigentlichen Beginn stoppen und vertagen.

## Zwischen Aufregung und Empörung

Die Stimmung unter den andrängenden Mitgliedern war recht aufgeladen. Offenbar hatte das anstehende Thema der Versammlung einige Gemüter erhitzt, die sich weniger über die Option freuten, die Gestaltung eines Solidarbeitrags mitbestimmen zu können, sondern sich allein über das schiere Ansinnen empörten, dass eine Mieterhöhung für alle (als eine von zwei Varianten) von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden war.

Diese Empörung bahnte sich in den Wochen vor der Versammlung schon an. Nachdem die Einladungen ausgeteilt worden waren, musste sich der Vorstand einige Sachen anhören: dass wir (der Vorstand!) nun auch die Mietpreisspirale anziehen wollten, dass wir (wieder der böse Vorstand!) verkappt eine Mieterhöhung durchführen wollten, um Neubauvorhaben auf Kosten der armen Mitglieder durchzuführen (für wen, für uns Vorstände?) oder dass wir (!) die sozialen Belange unserer Mitglieder grundsätzlich außer Acht ließen. Unser Staunen über das große Misstrauen einiger Mitglieder (die seit Jahr und Tag zu günstigen Mieten sicher



Zur außerordentlichen Mitgliederversammlung kamen so viele Mitglieder wie noch nie und mehr. Und damit mehr, als unser Gemeinschaftsraum „Bremer Höhle“ fassen konnte.

und umsorgt in ihren Wohnungen leben) wurde von Tag zu Tag größer. Der Umstand, dass die AG Solidarität *Vorschläge zur Wahl stellte*, und dass diese aus den Reihen der „einfachen“ Mitglieder initiiert und erarbeitet worden waren, hatte offenbar nicht jedes Mitglied erreicht.

#### **Neuer Termin: 21.01.2013, ZOAR-Gemeinde**

Aus diesem Grund informieren wir in diesem Blatt noch einmal ausführlicher über die Herleitung, Bedeutung und mögliche Auswirkungen der vorgeschlagenen Beschlüsse. Die vertagte Versammlung wird nun am 21. Januar 2014 um 19:00 Uhr im Gemeindesaal der ZOAR-Gemeinde, Cantianstraße 9 in 10437 Berlin-Prenzlauer Berg, stattfinden. Zu der Versammlung wird jedes Genossenschaftsmitglied erneut regulär eingeladen.

In der Zwischenzeit gibt es weiterhin vielfältige Möglichkeiten, sich über die Ansätze der AG Solidarität, die Herleitung der Beschlussvorlagen und deren angestrebten Zweck zu informieren, so über die Zusammenfassung im folgenden Artikel oder auf unserer Webseite in den dort veröffentlichten Mitteilungsblättern dieses Jahres oder auch dort unter Veröffentlichungen und Protokolle. Wir Vorstände bieten außerdem auch an, Fragen zu beantworten. Denn ein demokratisches Gemeinwesen kann nur fruchtbar sein, wenn Entscheidungen unter der Voraussetzung von Sachkenntnis getroffen werden.

Barbara König und Ulf Heitmann

## **Die zusammengefassten Ergebnisse der Werkstatt „AG Solidarität“**

Am Sonnabend, dem 2. November 2013, fanden sich 36 Mitglieder der WBG „Bremer Höhe“ eG im Gemeinschaftsraum in der Buchholzer Straße 16 ein, um gemeinsam in einer Werkstatt auf der Grundlage der bisherigen Diskussionsergebnisse der AG Solidarität einen Beschlussvorschlag für die anstehende Mitgliederversammlung zu erarbeiten. Damit sollte ein mehr als einjähriger innergenossenschaftlicher Diskussionsprozess, an dem sich insgesamt ca. 50 Mitglieder beteiligt hatten, zum Abschluss gebracht werden.

Die Werkstatt wurde geleitet und moderiert durch Barbara von Neumann-Cosel vom Berliner Genossenschaftsforum. Frau Neumann-Cosel stellte zu Beginn der Werkstatt den Teilnehmern die noch offenen Fragen vor, die im Laufe des Nachmittags gemeinsam beantwortet werden sollten: Wem soll der Beitrag zugute kommen? Soll es eine freiwillige Zahlung oder ein Pflichtbeitrag werden? Wie hoch soll ein solcher Solidarbeitrag sein? Und welches Gremium entscheidet über die Vergabe der Solidarbeiträge?

### **Wem soll der Beitrag zugute kommen?**

Um die Frage zu beantworten, wem ein möglicher Solidarbeitrag zu Gute kommen sollte, wurden von allen Teilnehmern Vorschläge auf Kärtchen gesammelt. Anhand der Häufung kristallisierten sich drei Schwerpunkte heraus, die eine Mischung aus Objekt- und Subjektförderung darstellen: *Die Mieten einiger, nicht aller Wohnungen neuer Vorhaben sollen durch den Solidarbeitrag so weit gesenkt werden, dass sie auch für Haushalte mit niedrigem Einkommen oder auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Haushalte wie Behinderte oder Flüchtlinge verfügbar sind.*

Wichtig war den Anwesenden die Klarstellung, dass nicht nur eventuelle Neubauvorhaben, sondern generell neue Projekte, die heute und vermutlich auch in Zukunft ohne Förderung und mit gestiegenen Baupreisen zu deutlich höheren Mieten als in unseren bisherigen Projekten zu realisieren sind, von dem Solidarbeitrag profitieren sollen. Großes Augenmerk lag in der Diskussion auch auf der Flexibilität, Qualität und Innovationskraft der Architektur bei eventuellen Neubauvorhaben, letztlich sei dies aber nicht im Einflussbereich eines zukünftigen

gen Solidarbeitrages, sondern generell Auftrag an die Handelnden bei neuen Vorhaben.

### **Freiwillige Zahlung oder Pflichtbeitrag?**

Viel schwieriger erwies sich die Frage nach Pflicht oder Kür. Hier konnte sich auch nach der ausführlichen Sammlung aller Argumente keine eindeutige Mehrheit für eine der beiden Varianten entscheiden. Tatsächlich gibt es für beide vorgeschlagene Modi gute Gründe, die eine Entscheidung für einen von beiden schwer machten:

- Die Hauptargumente für eine verbindliche Zahlung eines Solidarbeitrags in Form einer allgemeinen Mieterhöhung waren die einfachere Umsetzung, eine bessere Planbarkeit, die Anlegung auf Dauer, die relevantere Summe und der Umstand, dass die Solidarität, die alle Bewohner der Genossenschaft genießen, von allen auch weiter gegeben werden soll. Ein weiteres Argument war, dass bei einer freiwilligen Variante doch nur wieder jene sich beteiligen, die sich immer beteiligen.

- Für die freiwillige Variante gab es jedoch ähnlich überzeugende Argumente: Freiwilligkeit ist eher eine Umverteilung von oben nach unten, höhere Flexibilität für die Mitglieder, jedes kann frei entscheiden, für was es solidarisch ist. Auch ist damit eine individuelle Entscheidung zur Solidarität verbunden. Außerdem befürchteten die Befürworter des freiwilligen Modells, dass die Verbindlichkeit eine zu hohe Belastung für Geringverdiener sein könne, und dass sie insgesamt weniger Akzeptanz in unserer Mitgliedschaft finden könnte.

Angesichts einer fehlenden eindeutigen Mehrheit für eines der beiden Modelle beschloss die AG schließlich, der Mitgliederversammlung diese zwei Varianten zur Auswahl vorzulegen.

### **Wie hoch soll ein solcher Solidarbeitrag sein?**

Die beiden noch ausstehenden Fragen wurden recht schnell beantwortet. In einer kurzen Diskussion einigten sich die Anwesenden darauf, dass für die verpflichtende Variante ein Betrag von 0,10 € pro/m<sup>2</sup> angemessen sei. Für die freiwillige Variante wurde ein Mindestbetrag von 10 € monatlich vorgeschlagen, weil ein geringerer Betrag durch den Verwaltungsaufwand weitgehend „aufgefressen“ würde. Auch in diesem Fall sollte die Zahlung des Solidarbeitrags aus steuerlichen

Gründen über einen Aufschlag auf die Miete erfolgen (Mietvereinbarung).

### **Welches Gremium entscheidet über die Vergabe?**

Schließlich kam die AG überein, dass für die jeweilige Vergabe der Solidarbeiträge kein neues Gremium geschaffen werden müsse. Über die Belegung von Wohnungen in neuen Vorhaben entscheide der Vorstand unter Berücksichtigung der bestehenden Grundsätze. Die Kontrolle über den Einsatz der Mittel erfolge im Rahmen des Jahresabschlusses und des Lageberichts auf der Mitgliederversammlung.

Allerdings fehlen Grundsätze, an denen sich Vorstand und Aufsichtsrat beim Mitteleinsatz orientieren können. Eine Kommission von Mitgliedern, die auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung gewählt werden soll, solle daher bis zur ordentlichen Mitgliederversammlung im Sommer 2014 solche Kriterien erarbeiten.

Zum Beispiel solle die Kommission sich Gedanken machen, wie viel Mittel (ein Vielfaches des jährlichen Solidarbeitrags oder ein Prozentsatz der Kosten eines Vorhabens) für ein Vorhaben verwendet werden sollen. Auch soll darüber entschieden werden, nach welchen Kriterien an wen vergeben werde (eher niedrigere Einkommen oder eher barrierefreie Zugänglichkeit oder anderes), ob es hierfür Prioritäten gibt, wie verfahren werden solle, wenn die Bewilligungsgrundlage entfällt (z. B. wenn ein Geringverdiener eine weit besser bezahlte Arbeit bekommt) etc. Sie solle sich dabei an den bestehenden Grundsätzen der Genossenschaft orientieren.

Mit diesen Vorschlägen zeigten sich alle Teilnehmer nach sehr intensiven fünf Stunden zufrieden. Sie waren gespannt, ob und für welche Variante eines Solidarbeitrags sich die Mitglieder der Genossenschaft entscheiden würden.

### **Berechnungen**

Zur weiteren Information stellen wir kurz vor, wie sich die beiden Varianten jeweils finanziell auf die Durchführung von neuen Vorhaben auswirken würden. Die vorgeschlagenen Solidarbeiträge von 0,10 €/m<sup>2</sup> (im Falle der Verbindlichkeit) und 10,00 € pro Wohnung (im Falle individuell freiwillig) belassen die Kaltmieten der solidarischen Haushalte unter dem Berliner Mietspiegelmit-

Standort	Berechnung	Solidarbeitrag/Jahr
Bremer Höhe	Fläche 31.611 m <sup>2</sup> - ca. 15% Mieter, die eh schon maximal hohe Miete zahlen = 26.869 m <sup>2</sup> * 0,10 € * 12 Monate =	32.243 €
Bornitz/Rusche	Fläche 6.366 m <sup>2</sup> - ca. 19% Mieter, die eh schon maximal hohe Miete zahlen = 5.157 m <sup>2</sup> * 0,10 € * 12 Monate =	6.188 €
Katzler	Fläche 2.077 m <sup>2</sup> * 0,10 € * 12 Monate =	2.492 €
Liebig/Hobrechtsf. /Wagen-burg und Rauch-Haus	Nur freiwillig möglich, Zahlung geschätzt:	500 €
<b>Summe</b>		<b>41.423 €</b>

mittelwert und werden nicht als Grundlage für spätere „reguläre“ Mieterhöhungen herangezogen (siehe Tabelle).

Mit dem einmaligen Einsatz einer solchen Summe lassen sich beispielsweise durch die Einsparung von Kreditmitteln für zwei mittelgroße (ca. 85 m<sup>2</sup>) oder drei kleinere Wohnungen (ca. 55 m<sup>2</sup>) die Dauernutzungsentgelte dauerhaft um 0,80 bis 1,00 €/m<sup>2</sup> reduzieren. Im Altbau mit Sanierungs- und Kaufkosten von ca. 1.450 € könnte sich so für zwei bis drei Wohnungen die Miete von ca. 7,10 €/m<sup>2</sup> auf 6,20 €/m<sup>2</sup> reduzieren. Genauso könnte z.B. für die Herstellung eines barrierefreien Zugangs in einem Vorhaben für ca. 40.000,00 € ein Fahrstuhl finanziert werden, ohne dass den Mietern Mehrkosten entstehen. Dies gälte für Alt- wie für Neubau.

### Modell Freiwilligkeit

Für jährlich 40.000,00 € müssten 333 Haushalte der Bremer Höhe ihre Miete um monatlich 10,00 € freiwillig erhöhen. Täten dies 50 Haushalte, kämen jährlich 6.000,00 € zusammen. Da die Anzahl möglicher freiwilliger Solidarbeitragszahler vollkommen offen ist, können hier Modellrechnungen und Planzahlen nicht verifiziert werden.

Barbara König

## Hobrechtsfelde – Stand der Dinge Ende 2013

Weihnachten 2013 können 43 Hobrechtsfelder Haushalte in Wohnungen feiern, die über einen Standard verfügen, der hoffentlich für lange Zeit keine weiteren umfangreichen Baumaßnahmen an den insgesamt neun sanierten Gebäuden mehr notwendig macht. Für diese Mitglieder und Mieter bedeutet das auch, dass in den nächsten Jahren keine weiteren Erhöhungen der Nettokaltmiete erfolgen werden.

In diesem Jahr haben wir zwei 1907/08 errichtete Gebäude (Hobrechtsfelder Dorfstraße 7-9 und 10-13) in Abstimmung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Denkmalschutzbehörde saniert (siehe Mitteilungsblatt 3/2013). Die Kosten der Maßnahmen betragen ca. 630.000 €. Das ist etwas mehr, als noch zu Beginn des Jahres gedacht. Wie das manchmal so ist, haben sich erst kurz vor Beginn der Arbeiten noch einige Wünsche und Anregungen der Mitglieder und Mieter herausgestellt, die wir für sinnvoll und langfristig erforderlich hielten. So wurden unter anderem in eine ca. 120 m<sup>2</sup> große Wohnung ein zweites (Dusch-)Bad installiert und die wohnungsweisen dezentralen gegen eine energetisch sparsamere Zentralheizung ausgetauscht.

Auch in diesem Jahr ist kein Haushalt in Folge der umfangreichen Baumaßnahmen und erheblichen Steigerung der Miete auf ca. 6,00 €/m<sup>2</sup> nettokalt aus Hobrechts-



Das Haus Hobrechtsfelder Dorfstraße 7-9 vor der Sanierung ...

felde weggezogen. Vielleicht auch deshalb, weil durch die Sanierung die Heizkosten im Gegenzug deutlich sanken. So konnten wir in einem Fall Mieter von der anstehenden Modernisierung u.a. deshalb überzeugen, weil in einer typgleichen Wohnung im bereits sanierten Nachbarhaus die Heizkosten monatlich ca. 90 € unter ihren eigenen lagen. Wir freuten uns darüber und versichern denjenigen, deren Wohnungen in den nächsten Jahren saniert werden, dass wir großes Interesse daran haben, dass niemand wegen der Sanierung und den damit verbundenen höheren Mieten verdrängt wird.

Hauptteil des diesjährigen Bauprogramms war die Wiedererrichtung der Hobrechtsfelder Dorfstraße 26. An Stelle der ehemaligen Schnitterbaracke haben wir ein neues Schnitterhaus mit neun Wohnungen gebaut. Die Gesamtbaukosten werden sich auf ca. 2 Mio. Euro belaufen. Davon stecken ca. 230.000 Euro nicht in dem Wohngebäude, sondern wurden für den Abriss des abgebrannten Hauses aufgewendet und stecken in den Außenanlagen, Nebengebäuden, Stellflächen, der Er-



... und nach der Sanierung.

schließungsstraße, der Einfriedung und Bepflanzung. Außerdem werden wir einige ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchführen, die wir in Abstimmung mit unseren Nachbarn zur Verschönerung des Ortsbildes und in Übereinstimmung mit den langfristigen regionalen Entwicklungszielen realisieren. Geplant ist zunächst eine Obstbaumzeile auf dem Guts Gelände.

Im Schnitterhaus mit seinen neun 2- bis 5-Raum-Wohnungen werden ab Februar 2014 unterschiedliche Haushaltstypen leben: Familien, Senioren und Single unterschiedlichen Alters. Was wir bei unserer Planung gehofft haben, ist eingetreten: Es ist ein Mehrgenerationenhaus geworden. Der jüngste Bewohner ist 1 Jahr, der älteste 77 Jahre alt. Die 13 Mitglieder kommen aus dem Havelland, aus Bernau, Pankow, Weißensee und aus der Bremer Höhe. Ende November fand bereits eine erste Hausversammlung statt, auf der Ideen für die Gestaltung der gemeinsam nutzbaren Freiflächen gesammelt wurden und die Sektkorken knallten.

Ulf Heitmann

## Hobrechtsfelde: Erneute Abwasserbescheide, erneute Widersprüche

Im November dieses Jahres erhielten wir Post vom Eigenbetrieb Kommunalservice Panketal, zuständig für Schneeabfuhr, Baumpflege, Straßenreinigung, Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum sowie Wasser- und Abwasser. Inhalt der Post waren neun Verwaltungsbescheide, mit denen wir zur Zahlung von insgesamt ca. 203.000 € aufgefordert wurden, zahlbar innerhalb eines Monats (das sind rund 8.500 € pro Haus und 2.360 € pro Wohnung in Hobrechtsfelde). Da der Bescheid vorläufig vollstreckbar ist, müssen wir den vollen Betrag zahlen, obwohl wir widersprochen haben; präziser: erneut wi-

dersprochen haben, denn bereits 2011 hatten wir eine Zahlungsaufforderung gleichen Inhalts erhalten, die der Eigenbetrieb unverzüglich nach unserem Widerspruch jedoch zurücknahm. Die Gemeinde Panketal macht uns gegenüber Ansprüche für die Herstellung der Abwasseranlage in Hobrechtsfelde geltend. Diese ist noch vor dem Ersten Weltkrieg im Zuge der Errichtung und Inbetriebnahme des Stadtguts Hobrechtsfelde gebaut und damals von der Eigentümerin des Stadtguts, der Stadt Berlin, bezahlt worden. Doch ist die 2003 gegründete Gemeinde Panketal der Auffassung, dass sie (im Bescheid

nicht dargelegte) Herstellungsaufwendungen auf alle Eigentümerinnen und Eigentümer abwälzen könne.

Es ist anzuzweifeln, ob die Gemeinde überhaupt zu einer solchen Satzung und der Eigenbetrieb zu den Bescheiden berechtigt sind, ob die Ansprüche überhaupt und wenn ja, in dieser Höhe bestehen und ob sie, falls sie bestünden, nicht verjährt sind. Auch viele Formalien des Verwaltungsverfahrens müssen geprüft werden. Wir werden in diesem Blatt über Entwicklung und Ausgang dieses Konflikts berichten. Immerhin würde der geforderte Betrag – heruntergerechnet - für jedes unserer zurzeit ca. 650 Mitglieder Aufwendungen in Höhe von 312 € bedeuten, für die wir als Gesamtgenossenschaft aufkommen müssten.

Ulf Heitmann

## Entwicklung der Betriebs- und Heizkosten

Während wir uns an genau dieser Stelle vor einem Jahr noch freuten, dass der allgemeine Preisanstieg bei den Kosten für Wärme die Bremer Höhe noch nicht erreicht hat, können wir in diesem Jahr zu der erfolgten Abrechnung der Betriebs- und Heizkosten leider nur eines feststellen: alles wird immer teurer. Besonders hart war der Schlag für viele unserer Mitglieder, bei denen der 2012 dann auch in der Genossenschaft angekommene Preisanstieg für Heizung und Warmwasser mit einem deutlich höheren Verbrauch zusammen gefallen ist. Einige mussten erstmals und dann gleich größere Nachzahlungen leisten.

### Preise gehen vor allem nach oben

Die kalten Betriebskosten sind 2012 ebenfalls gestiegen, wenn auch nicht so deutlich, wie die Preise für Wärme. 2013 kamen weitere Kostenerhöhungen dazu: Die Müllentsorgung wurde teurer, der Strom sowieso. Mitte dieses Jahres musste der Vorstand einer erneuten Prämien-erhöhung für die Versicherung zustimmen, um den Versicherungsschutz nicht zu verlieren. Die hohe Schadensquote durch die vielen Brandfälle (wir berichteten im Mitteilungsblatt 4/2012) verhindert zurzeit den Wechsel zu einer anderen Versicherung. Und weitere Kostensteigerungen kündigen sich an. Unter anderem ist es notwendig geworden, dass die Genossenschaft ab 2014 in jenen Häusern in Hobrechtsfelde, die eine Zen-

tralheizung und ein gemeinschaftliches Treppenhaus haben, einmal wöchentlich einen Hausmeisterdienst einsetzt.

### Kostentreiber

Wesentlicher sind jedoch die Kostensteigerungen, die durch neue Verordnungen, Vorschriften oder Tarifierhöhungen entstehen, welche nicht im Einflussbereich der Genossenschaft liegen. So wurden die aufgrund der neuen Trinkwasserverordnung nun vorgeschriebenen Legionellenprüfungen an den betroffenen Trinkwasseranlagen erstmals dieses Jahr durchgeführt (Ergebnisse siehe Seite 9). Sie müssen nun in regelmäßigen Abständen erfolgen und zählen zu den Kosten der Wasserversorgung. Ebenfalls kommt ab 2014 wahrscheinlich die regelmäßige Kontrolle und Wartung der Rauchmelder in den Wohnungen hinzu, wenn die Länder Berlin und Brandenburg wie angekündigt als letzte Bundesländer eine Rauchmelderpflicht einführen. Die Winterdienste geben ab 2014 die Mehrkosten nach Einführung eines Mindestlohns in dieser Branche an ihre Kunden weiter und auch die bisher kostenfreie Entsorgung des Altglases soll nicht mehr gebührenfrei sein. Die Preise für Energie kennen seit langem nur mehr eine Richtung – nach oben.

### Lichtblicke

An einer Stelle konnten wir diese Spirale steigender Preise vorerst stoppen. Zum Ende des Jahres einigten wir uns mit dem Wärmelieferanten in der Bremer Höhe und in der Bornitz-/Ruschestraße auf eine Änderung bei der Preisberechnung, die rückwirkend ab 1. Januar 2013 für niedrigere Arbeitspreise der Wärmeerzeugung sorgen werden. Die kommende Heizkostenabrechnung sollte somit für die meisten Bewohner ein erfreulicheres Ergebnis haben, als die letzte.

Ein weiterer Hoffnungsstrahl für die Berliner sind die Entwicklungen bei der Wasserversorgung (die bisher in Berlin doch unverhältnismäßig teuer ist). Über die Guthaben aus alten Wasserrechnungen, welche die Berliner Wasserbetriebe zwar ausgekehrt haben, evtl. aber wieder zurückfordern wollen, haben wir im Mitteilungsblatt 2/2013 geschrieben. Wenn es hier positive Rechts-sicherheit gibt, können unsere Mitglieder und Mieter mit einer Gutschrift auf ihrer nächsten Abrechnung rechnen. Inzwischen hat das Land Berlin sogar den Rückkauf der Wasserbetriebe beschlossen und für 2014 niedri-

Angaben in €/m <sup>2</sup> monatlich	Berlin 2011*	Wohnungsbaugenossenschaft "Bremer Höhe" eG 2012				
	Berliner Mittelwert	Bremer Höhe	Bornitz-/ Ruschestraße	Katzlerstraße	Liebigstraße	Hobrechts- felde
Grundsteuer	0,25 €	0,21 €	0,16 €	0,17 €	0,22 €	0,10 €
Wasserver-/entsorgung + Niederschlagswasser	0,54 €	0,47 €	0,44 €	0,36 €	0,41 €	0,26 €
Straßenreinigung/Müll	0,18 €	0,14 €	0,16 €	0,08 €	0,05 €	0,08 €
Hauswart/Gebäudereinig- ung/Kammerjäger	0,32 €	0,25 €	0,20 €	0,32 €	0,08 €	0,00 €
Winterdienst	0,04 €	0,02 €	0,04 €	0,03 €	0,03 €	0,34 €
Garten-/Baumpflege	0,09 €	0,03 €	0,04 €	0,00 €	0,00 €	0,05 €
Hausstrom	0,04 €	0,02 €	0,02 €	0,03 €	0,05 €	0,05 €
Versicherung	0,11 €	0,10 €	0,10 €	0,10 €	0,10 €	0,10 €
<b>Summe Betriebskosten</b>	<b>1,57 €</b>	<b>1,24 €</b>	<b>1,16 €</b>	<b>1,09 €</b>	<b>0,94 €</b>	<b>0,98 €</b>
Heizung/Warmwasser/ Schornsteinfeger etc.	1,28 €	1,04 €	0,86 €	0,79 €	0,70 €	0,66 €**
<b>Gesamt</b>	<b>2,85 €</b>	<b>2,28 €</b>	<b>1,82 €</b>	<b>1,88 €</b>	<b>1,64 €</b>	

**Anmerkungen:** Bestimmte Betriebskostenarten wie Lüfterwartung oder Aufzugskosten betreffen nur einzelne Häuser oder Wohnungen und sind deshalb nicht aufgeführt. Die Kosten für Wasser und Wärme können in Abhängigkeit vom individuellen Verbrauch stark abweichen. Die Kosten für Gebäudereinigung in der Katzlerstraße sind überdurchschnittlich, weil die 22 Wohnungen über drei Treppenhäuser erschlossen werden. In Hobrechtsfelde sind nur die Kosten der Mehrfamilienhäuser in den Vergleich einbezogen. Die dort angegebenen Heizkosten beziehen sich nur auf die wenigen Häuser, die 2012 schon das ganze Jahr lang eine Zentralheizung hatten. Die hohen Kosten für den Winterdienst sind der Randlage und Weitläufigkeit der dortigen Häuser geschuldet.

\* Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

\*\* Durchschnittswert der Häuser mit Zentralheizung

gere Wasserpreise versprochen. So könnten die Betriebskosten an einer Stelle wieder etwas sinken – sofern die Regierenden in Berlin einmal halten, was sie versprechen.

### Betriebskosten weiter unterdurchschnittlich

Insgesamt zeigt der Vergleich mit dem Berliner Durchschnitt, dass die Betriebs- und Heizkosten in der WBG „Bremer Höhe“ eG weiterhin deutlich unterdurchschnittlich sind. Die Kosten fast aller Betriebskostenarten der WBG „Bremer Höhe“ eG liegen klar in der unteren Spanne des Berliner Betriebskostenspiegels, der zusammen mit dem Mietspiegel veröffentlicht wurde und unter [www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/betriebskosten](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/betriebskosten) einsehbar ist. Selbst bei den Heizkosten liegen unsere „teuersten“ Bestände noch 19 % unter dem Berliner Durchschnitt. Wir hoffen, dass wir diesen Abstand in den nächsten Jahren mindestens beibehalten können.

Barbara König

### Nach Legionellenprüfung nun auch Rauchmelderpflicht?

Vor zwei Jahren berichteten wir an dieser Stelle über die neue (und seither noch einmal leicht geänderte) Trink-

wasserverordnung (TwVO) aus dem Hause des Bundesgesundheitsministers (siehe Mitteilungsblatt 4/2011). Diese gab uns bis zum Ende dieses Jahres Zeit, die Anlagen zur Wassererwärmung auf Legionellen zu überprüfen. Glücklicherweise betrifft diese Prüfpflicht nur einen kleineren Teil unserer Häuser, da die großen Anlagen in der Bremer Höhe und in der Bornitz- und Ruschestraße über Zirkulationsleitungen verfügen und durch regelmäßige Erhitzung auf über 70 °C vor einem Befall gefeit sind.

Untersuchen mussten wir die Häuser in der Liebig- und der Katzlerstraße sowie jene Häuser in Hobrechtsfelde, die seit der Sanierung eine zentrale Warmwasserversorgung haben. Das Hygiene-Institut Berlin hat in unserem Auftrag in diesen Häusern Wasserproben entnommen und auf einen Befall mit Legionellen geprüft. Das Ergebnis war – glücklicherweise – in allen Fällen negativ. Die Laborberichte können in der Geschäftsstelle eingesehen oder auf Anfrage auch zugesandt werden. Eine weitere Überprüfung ist nun erst wieder in drei Jahren notwendig.

Trotz des erfreulichen Ergebnisses und der damit verbundenen Sicherheit für die Mieter bedeutet diese neue Vorschrift wieder einmal zusätzliche Kosten, denn die



Die Untersuchung auf Legionellen ergab keinen Befall: die Bewohner können weiter sorgenfrei duschen.

Überprüfung des Trinkwassers gehört zu den Kosten der Wassererwärmung und ist somit Teil der Betriebskosten. Die Regelungsfreude unserer vielen Regierungsebenen, sei es nun die des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union, scheint die Konsequenz für den Mieter, nämlich immer weiter steigende laufende Ausgaben, auszublenden. So werden regelmäßig neue Pflichten geschaffen, die alle für sich eins gemeinsam haben: sie erzeugen Kosten. Ein Beispiel ist die erforderliche Ausgestaltung des Blitzschutzes im Neubau, der sich längst nicht mehr auf einen Blitzableiter beschränken darf, sondern als ein komplexes Ableitsystem gestaltet werden muss. Und da dieses so komplex ist, muss es natürlich fortan regelmäßig überprüft werden – was den Bewohnern unseres Neubaus Betriebskosten verursacht – und zwar jedes Jahr von neuem.

Die nächste Regelung, die für alle Mieter, egal ob im Alt- oder Neubau, weitere Kosten mit sich bringen wird, ist schon angekündigt. 2014 wollen sowohl der Brandenburger Landtag als auch der Berliner Senat als fast letzte Bundesländer eine Rauchmelderpflicht für Wohnungen einführen. An dem Sinn dieser Verordnung gibt es keinen Zweifel, aber sie bedeutet, dass alle Wohnungen durch die Genossenschaft mit Rauchmeldern ausgestattet werden, die dann wiederum regelmäßig kontrolliert werden müssen. Darüber, wie die anstehende Verordnung genau umgesetzt wird, werden wir noch informieren. Die Verbreitung von Rauchmeldern können wir vor dem Hintergrund der vielen Brände in unseren Beständen nur begrüßen (siehe Mitteilungsblatt 4/2012).

Ob für so vernünftige Einrichtungen aber immer Verordnungen und Prüfpflichten notwendig sind, die zu zusätzlichen Kosten führen, darf man dennoch bezweifeln.

Barbara König

## Wie wohne ich richtig?

### Dem groben Unfug Einhalt gebieten

Der 31. Oktober gilt in den überwiegend von reformierten Christen bewohnten Gebieten als Tag des Gedenkens an Luthers 95 Thesen („Propositiones wider das Ablass“), die er – der nicht sicher belegten Überlieferung nach – an diesem Tag des Jahres 1517 an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg nagelte. Diese Tat, ob geschehen oder nicht, ist Symbol für eine der größten humanistischen Modernisierungsbewegungen der europäischen Geschichte. Nachdem 1667 der sächsische (!) Kurfürst dieses Datum zum alljährlichen Festtag erhob, übernahmen alsbald die meisten lutherischen Gebiete diese Gelegenheit des stillen Gedenkens. „Stille Nächte“ gibt es mehrere im Jahr.



Mit dieser Stille ist es wegen der Adaption und Verrohung der All Hallows' Eve-Gebräuche in Mitteleuropa seit den 1990er Jahren vorbei. Als Gespenster verkleidete kleine bis mittelgroße Menschen ziehen von Haus zu Haus und betteln mehr oder minder aggressiv – zumeist mehr als minder – um Süßes unter nicht nur verbaler Androhung von Saurem, falls der Angebetete nicht freiwillig das Nachgefragte bereitstellt. Das Saure sind u. a. rohe Eier, die man zwar sauer zubereiten kann, jedoch roh nicht sauer sind, dafür umso mehr nach deren Missbrauch die jeweils Getroffenen oder anderweitig Geschädigten – auch eher mehr als minder. Zur Verbesserung der nachhaltigen Wirkung des kleinkriminellen Handelns werden alternativ oder kumulativ Ket-

chup, Farbbeutel, Sekundenkleber, Bauschaum, etliches glibberiges Zeugs unbekannter Herkunft und sogar Reißnägel eingesetzt. Leider kam es auch in diesem Jahr nicht nur zu erheblichen Sachbeschädigungen, sondern auch zu Körperverletzungen unter den etwas größeren Gespenstern, die sich gegenseitig das Beutegut abjagten. Innerhalb des beschriebenen Verhaltenskodexes ist das lobenswert und effizient. Außerdem belästigt es einen weitaus geringeren Bevölkerungsanteil als es das Basisbetteln tut.

So lustig das alles klingen und den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie deren erwachsenen Angehörigen an diesem letzten Oktoberabend vorkommen mag, ist weder das Ritual, noch dessen Folgen. Die Polizei berichtet von höheren Sachschäden, als die, die infolge der 1.-Mai-Krawalle entstehen.

In diesem Jahr nahmen leider auch in der „Bremer Höhe“ die Beschädigungen im Vergleich zu den Vorjahren erheblich zu. Eier wurden an die Fassade, Türen und an Klingeltableaus geschmissen, Hauseingangstüren und Wände waren mit Ketchup verschmiert. Einige größere Beschädigungen (Sekundenkleber in Wohnungs- und Haustürschlössern, Bauschaum in Parkscheinautomaten) betrafen zum Glück in diesem Jahr (noch) nicht uns, sondern trafen unsere Nachbarn. Unsere Gebäudeschäden belaufen sich 2013 immerhin auf einige Hundert Euro.

Ich möchte mit diesem Artikel anregen, nachzudenken und zwar in mehrere Richtungen: Wäre es nicht angebracht, sich an diesem Tag eher so zu verhalten, dass seine für unsere Geschichte und unser heutiges Leben in einer modernen und offenen Gesellschaft so wichtige Bedeutung im Mittelpunkt steht? Ist dieser Tag nicht Anlass, mit den kleinen und mittelgroßen Menschen genau darüber zu sprechen und auch über die sachgemäße Verwendung von Lebensmitteln? Kann man das so gesparte Geld nicht viel sinnvoller, zumindest sinnfälliger verwenden, z. B. für den eigenen Einkauf von Süßigkeiten? (Oder für den Solidarfonds?)

Liebe Genossen, Euch gehören die Gebäude. Solltet nicht gerade Ihr dafür Sorge tragen, dass wir geringe Instandhaltungs- und Pflegekosten haben. Es ist Eure Miete, die da „geopfert“ wird. Da die Verursachergespenster natürlich nicht festgestellt werden können, ist es wie fast immer: Der Spaß bleibt einseitig, die Schäden werden vergesellschaftet.

Das nächste Ereignis steht an, zu dem alljährlich geballert und gekokelt wird: Silvester. Dieser letzte Kalendertag gehört zu den Unruhnächten, also Gelärme gehört dazu. Der wurde einst durch Topfschlagen und den Gebrauch von Musikinstrumenten erzeugt. Das ist nicht nur preiswert und umweltschonend, sondern macht auch Spaß. Somit ergeht wie fast in jedem Jahr mein Aufruf: Kauft kein Ballerzeug! Verwendet dieses Geld für sinnvollere Sachen.

Ulf Heitmann

### **Fotowettbewerb für Kalender 2014**

Alle Genossenschaftsmitglieder erhalten den neuen Kalender mit diesem Mitteilungsblatt. Ein herzlicher Dank geht an Andreas Bachmann, der auch diesen Kalender gestaltet hat. Den Fotowettbewerb gewann Tina Raedel aus der Katzlerstraße, herzlichen Glückwunsch!

Tino Kotte

### **Initiativenfonds**

Erstmals gab es nur einen Antrag für die Herbstrunde des Initiativenfonds. Dieser wurde auf das Frühjahr verschoben, weil es sich um einen Antrag im Zusammenhang mit der sommerlichen Hofnutzung handelte und sich die Zusammenkunft der Jury für einen Antrag nicht lohnt. Aufsichtsrat und Vorstand werden zu Beginn des neuen Jahres über die Höhe der Ausstattung des Initiativenfonds für 2014 entscheiden. Am 15. März 2014 endet wieder die Antragsfrist!

Tino Kotte

### **Leserbrief: Abfall aus der Datsche**

Nun ist die Sommer-/Herbstsaison der Datschenbesitzer beendet und damit hoffentlich auch das Entsorgen ihrer Abfälle in unseren Müllcontainern. Innerhalb des „sozialen Lebens“ ist es wohl nicht zu viel verlangt, dass diejenigen, die zu dieser privilegierten Gruppe der Eigentümer eines „Landsitzes“ gehören, ihre Abfälle vor Ort entsorgen und nicht auf Kosten der Mitglieder/Mieter der Bremer Höhe. Dafür möchte ich mich im Voraus bedanken.

Irmtraut Petersson

## Termine

### Außerordentliche Mitgliederversammlung

Dienstag, 21. Januar 2013 um 19:00 Uhr, ZOAR-Gemeindesaal, Cantianstraße 9, 10437 Berlin-Prenzlauer Berg

### Redaktionsschluss Mitteilungsblatt 1/2014

Montag, 3. März 2014, Beiträge von Genossenschaftsmitgliedern, die die WBG „Bremer Höhe“ eG betreffen, sind willkommen! Namentlich gekennzeichnete Einsendungen bitte an [redaktion@bremer-hoehe.de](mailto:redaktion@bremer-hoehe.de) oder das Büro senden.

### Antragsschluss Initiativfonds

Sonnabend, 15. März 2013, Genossenschaftsmitglieder können Anträge zur Förderung genossenschaftlicher und nachbarschaftlicher Projekte stellen. Bitte postalisch oder per E-Mail an [initiativfonds@bremer-hoehe.de](mailto:initiativfonds@bremer-hoehe.de) senden.

### Tauschbörsentreff

Donnerstag, 20. März 2014, 20 Uhr, Gemeinschaftsraum „Bremer Höhle“, offen für alle Tauschbörsen- und interessierten Genossenschaftsmitglieder.

### Ständig aktualisierte Termine

finden sich auf [www.bremer-hoehe.de](http://www.bremer-hoehe.de).

### Newsletter WBG „Bremer Höhe“ eG

Bitte E-Mail an [newsletter@bremer-hoehe.de](mailto:newsletter@bremer-hoehe.de) um Aufnahme in den Verteiler senden, erscheint monatlich mit aktuellen Informationen und Angeboten, nur für Mitglieder.

## Sprechzeiten der Verwaltung

Montag	telefonisch	13.00 - 16.00 Uhr
Dienstag	Sprechstunde in den Geschäftsräumen	9.00 - 12.00 Uhr 13.00 - 18.00 Uhr
Mittwoch	telefonisch	14.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	telefonisch	13.00 - 16.00 Uhr

Vom 24. Dezember 2013 bis zum 5. Januar 2014 bleibt das Büro der Hausverwaltung geschlossen, der Anrufbeantworter ist geschaltet und wird an den Werktagen abgehört. Für Mängelanzeigen kann der Hausmeisterbriefkasten in der Greifenhagener Straße 65 bzw. für den Lichtenberger Bestand in der Bornitzstraße 29 genutzt werden. In dringenden Fällen bitte die auf den Aushängen oder der Webseite aufgelisteten Notdienste kontaktieren.

Für Hobrechtsfelde gelten folgende Servicenummern:  
Elektro: Elektroanlagen Zepernick, Tel: 0173 610 50 60  
Gas/Wasser/Sanitär: Fa. Lamprecht, Tel: 030 893 63 90

## Impressum

Mitteilungsblatt der Wohnungsbaugenossenschaft „Bremer Höhe“ eG, Schönhauser Allee 59 b, 10437 Berlin, Telefon 44 67 76 - 0, Telefax 44 67 76 - 20  
[info@bremer-hoehe.de](mailto:info@bremer-hoehe.de), [www.bremer-hoehe.de](http://www.bremer-hoehe.de)

### Redaktion

Barbara König (V.i.S.d.P.), Ulf Heitmann, Tino Kotte

### Bildnachweise

Tino Kotte (1, 4)  
Stephanie Hofschlaeger, [pixelio.de](http://pixelio.de) (3)  
Ulf Heitmann (7)  
Barbara König (10)  
Lilo Kapp, [pixelio.de](http://pixelio.de) (10)

**Satz:** Tino Kotte      **Druck:** Copy Clara